

Das Organ des Außenministers Wiegmann, "Die Saitt", erklärt, daß es zwecklos wäre, die Niederlage der Volkspartei zu verschleiern. Wer aber glauben wollte, daß die Volkspartei durch den Ausfall der Wahlen gebeugt oder in trübe Stimmung gebracht worden sei, der täusche sich, die Partei werde nicht ärgern, diejenigen Schäden der Organisation zu beseitigen, die sich in dem Wahlkampf gezeigt haben. Die Partei habe durch innere Geschlossenheit zurückgewonnen, was ihr an duurer Stärke verlorengegangen sei.

Der "Montag" schreibt: Der Sinn dessen, was sich gestern in Berlin vollzogen hat, ist ganz ungeheuer klar. Das deutsche Volk will hinweg von dem kläglichen Koalitionsgeiste, das ihm unter dem irreführenden Namen "Bolzgemeinschaft" verkauft worden ist. Er will eine Rechtsregierung haben. Dass auch sie eine Koalition wird sein müssen, darf ihren Charakter als Rechtsregierung nicht beeinträchtigen. Wer in diesem Sinne tätig ist, der vollzieht den Volkswillen. Die große Rechte ist der Sinn des Volksentscheides, die nationale Regierung, das Banner schwarz-weiß-rot. Alles, was rechts von den Demokraten steht, wird sich hierzu zu bekennen haben, und wenn das geschieht, dann sind wir mit dem gestrigen Wahltag doch ein großes Stück weitergekommen, ein Stück weiter aus dem Schlamm heraus, in den der schreckliche November 1918 uns hineingezerrt hat.

Das "Berl. Tageblatt" schreibt, daß die zahlreichen Wähler und Wählerinnen, die gestern für die Deutschnationalen gestimmt haben, unter dem Einbruch der Folgen, die ein politischer Unverständ haben könnten, über lang oder kurz auf den Weg der Genesung gelangen würden.

"Vorwärts": Wir bleibenstärkste Partei, ohne zu bedenken, daß sich in der parlamentarischen Arie die Sache vielleicht so gestalten wird, daß eine einzige Rechte über eine un-einige Linie triumphieren wird.

Paris, 5. Mai. Die Kommentare der Abendpresse über die Ergebnisse der deutschen Reichstagswahlen: "Temps" schreibt: Man könne feststellen, daß die Deutschnationalen Terrorist nach links gewonnen und daß sie sehr wenig die äußerste Rechte verloren hätten. Wenn künftig die Deutschnationalen, die Rechtsradikalen, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten gegen Gesetze stimmen, die von den Sozialisten verlangt würden, so werde es unmöglich sein, diese Gesetze zur Annahme zu bringen, soweit sie die Reichsverfassung ändern. Jedenfalls würden die Ge-sche-fahrt laufen, von Trier oder von Moskau zensierte zu werden. "Intransigeant" schreibt, es sei niemals die Notwendigkeit dringender erschienen, an der Spitze der französischen Regierung einen Mann von Erfahrung zu lassen, der seit 2½ Jahren die diplomatischen Fäden in der Hand halte und ebenso fest wie geschmeidig sei. — "Liberté" schreibt, was den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen lasse sich erkennen, daß die republikanische Idee in Deutschland keine sehr tiefen Wurzeln habe.

Berlin, 5. Mai. Dem Wahlkampf sind in Berlin zwei weitere Personen zum Opfer gefallen und zwar der Arbeiterkraft, der bei einer Schlägerei zwischen Zettelanklebern einen Stich in die Halschlagader erhalten hatte, und der Schlosser Pieper, der bei einem Zusammenstoß die Waffe gebraucht haben wollte und von der Schuhpolizei erschossen wurde. Außerdem wurde eine ganze Reihe von Leuten mehr oder minder schwer verletzt.

Gemeindewahlen in Preußen.

Berlin, 5. Mai. Am 4. Mai fanden in Preußen zusammen mit den Reichstagswahlen die Gemeindewahlen statt. Auch bei diesen Wahlen ist der Zug nach rechts in die Erscheinung getreten. In einer großen Anzahl von Städten und die sozialistischen Mehrheiten besiegte

Landtagswahlen in der Pfalz.

Speyer, 5. Mai. Über die Landtagswahlen in der Bayrischen Pfalz wurde bis jetzt folgendes Ergebnis bekannt: Es erhielten Sozialdemokraten 80 728, Deutscher Block 29 968, Kommunisten 42 641, Beamtenbund 35 568, Zentrum 31 690, Bayrische Volkspartei 61 104, Vereinigte nationale Rechte 80 589, Böhmische Block 14 609 Stimmen. Darnach sind folgende Sitze gesichert: BSPD 3, Kommunisten 1, Zentrum 1, Bayrische Volkspartei 2, nationale Rechte 3.

Austritt der bayrischen Regierung.

München, 5. Mai. Die bayerische Regierung hat ihren Rücktritt erklärt. Sie wird die Geschäfte bis zur Neubildung der Regierung weiterführen.

München, 5. Mai. Durch Verordnung der bayerischen Regierung sind die zur Sicherung der Wahlfreiheit erlassenen Bestimmungen mit Wirkung vom 5. Mai wieder aufgehoben worden. Der Ausnahmestand tritt wieder in volle Kraft.

Landtagswahlen in Württemberg.

Stuttgart, 5. Mai. Bei den gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vorgenommenen Landtagswahlen trat zum ersten Male die Heraufsetzung der Abgeordnetenzahl von 101 auf 80 in Kraft. So wurden gewählt: 8 bürgerliche Parteien (bisher 10), 17 Bauernbund (bisher 18), 17 Zentrum (bisher 23), 3 Deutsche Volkspartei (bisher 4), 9 Demokraten (bisher 15), 13 Sozialdemokraten (bisher 27), 10 Kommunisten (bisher 27), und 3 Böhmisch-Soziale (bisher 1). Nach diesem Ergebnis ist eine Wiederaufnahme der früheren Regierungskoalition zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten nicht mehr möglich, da sie nur noch über 39 von 80 Abgeordneten verfügen würden. Dagegen würde eine Vereinigung des Zentrums und der Rechten die knappe Mehrheit von 42 gegen 38 Stimmen besitzen.

Der Streik in Oberschlesien.

Beuthen, 5. Mai. Die Streiklage in Oberschlesien hat sich so zugespielt, daß sämtliche Gruben mit einer Ausnahme stillgelegt sind. Die Rottaborsarbeiten werden vertagt. Die Hüttenbetriebe sind vom Streik nicht betroffen.

Winnheim, 5. Mai. Die Badische Anilin- und Soda-fabrik wird den Betrieb wieder eröffnen, nachdem sich die zur Führung des Betriebes erforderliche Zahl der Arbeiter bereit erklärt hat, unter Anerkennung der Tarifvereinbarungen und der Schiedssprüche die Arbeit wieder aufzunehmen.

Bellinzona, 5. Mai. Der deutsche Konsul in Lugano besuchte vorgestern die im Krankenhaus liegenden Opfer des Eisenbahnglücks. Es steht fest, daß immer noch einige Personen vermisst werden.

Krach mit Sowjetrußland.

Ein Ultimatum?

Zwei Stadtpolitiken aus Waiblingen im württembergischen Kreisamt sind die Ursache einer schwülsten Atmosphäre zwischen Deutschland und Russland geworden. Sie hatten den ehrenvollen Auftrag, den vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik geschickten und in Württemberg festgenommenen russischen Kommunisten Bozenhardt von dem Reichsland nach Pommern zu transportieren. Beim Durchtransport durch das böse Berlin veranlaßte der festgekommene Bozenhardt die beiden Polizeibeamten, das Gebäude der Handelsvertretung in der Lindenstraße aufzutuchen, und zwar wurde den ortsunbekannten Beamten vorgespiegelt, daß sich in diesem Gebäude ein Café befindet, in dem eine kleine Erfrischung eingenommen werden sollte. Nach Eintritt in das Gebäude befreite sich Bozenhardt unter Beihilfe mehrerer Angestellter der Handelsvertretung. Die Beamten wurden von den Angestellten der Handelsvertretung einige Zeit festgehalten. Erst nach energischsten Vorstellungen war es den Beamten möglich, ihre Freiheit wieder zu erlangen. Eine nach diesem Vorfall von der Berliner politischen Polizei vorgenommene Durchsuchung führte zur Festnahme von fünf Angestellten der russischen Handelsvertretung, die sich demnächst wegen Beihilfe zur Gefangenbefreiung, wegen Freiheitsberaubung und Notizierung vor dem Gericht zu verantworten haben werden. Außerdem wurden drei weitere Angestellte der Handelsvertretung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Vorausgegangen festgenommen. Bozenhardt aber, so sagt der amtliche Bericht, wurde nicht mehr im Gebäude der Handelsvertretung angetroffen.

Die Berliner Sowjetbotschaft gibt eine Darstellung des Falles, die natürlich von der deutschen amtlichen ziemlich abweicht. Sie betrachtet, und das ist der springende Punkt, das Vorgehen der Berliner Polizei als eine "unerhörte Verlegung der Extraterritorialität und aller völkerrechtlichen und diplomatischen Gebräuche". Der Botschafter hat die sofortige Schließung der Handelsvertretung und die Einstellung ihrer Tätigkeit bis auf weiteres angeordnet und sich nach Moskau begeben.

Die deutsche Regierung wiederum verbreitet eine halbamtlische Erklärung, nach welcher bei der Hausdurchsuchung in der russischen Handelsvertretung in jeder Hinsicht entsprechend der für die Berliner politischen Polizei bestehenden Weisung, alle notwendigen polizeilichen Maßnahmen mit möglichster Rücksicht und in maßvoller Form vorgenommen, verfahren worden sei. Der Chef der politischen Polizei habe persönlich das Vorgehen der ausführenden Beamten überwacht. Trotz der großen Aufregung der Angestellten der Handelsvertretung, die sich vielfach in beleidigender Weise gegen die Polizeibeamten gerichtet hatten, sei mit großer Höflichkeit und Zurückhaltung vorgegangen worden. Es sei insbesondere unrichtig, daß, wie es in der russischen Darstellung lautet, "einige russische Beamte tatsächlich mishandelt wurden". Nur in einem Falle war die Polizei genötigt, gegen einen Angestellten mit Gewalt vorzugehen, da dieser in besonders widerlicher Weise die in der Ausübung ihres Amtes befindlichen Beamten tödlich angegriffen hatte. Darüber hinaus hat das Auswärtige Amt der Botschaft der S. R. eine Verbalnote übersandt, in welcher der Fall oftentümlich dargestellt wird. Es wird auch darauf hingewiesen, daß von dem von der Handelsvertretung gemieteten Gebäude nicht etwa die besonderen Vorerechte zu stehlen, wie sie die Gebäude der hier beglaubigten Missionen genießen. Das Auswärtige Amt mag, so heißt es weiter, gegen das Verhalten der Angehörigen der Handelsvertretung, das einen groben Verstoß gegen die deutschen Gesetze darstellt, nachdrücklich Verwarnung einlegen. Es wird Sache der deutschen Strafversorgungsbehörden sein, die Verantwortlichkeit der Beteiligten nach Maßgabe der deutschen Gesetze festzustellen.

Daraufhin hat der russische Botschafter dem deutschen Außenminister eine Note überreicht, in der wiederum die deutsche Darstellung als falsch bezzeichnet wird, worauf Dr. Stresemann seinerseits in einer Note an die russische Botschaft die deutsche Auflösung vertrat, zugleich aber ver sprach, eine weitere Klärung herbeizuführen.

Zu dem Vorfall meldet nun die "Morning Post" aus Riga:

Nach Moskauer Telegrammen hat der Bericht der Berliner Sowjetgesandtschaft über die polizeilichen Durchsuchungen der Sowjethandelsvertretung in Berlin zur Einberufung des Großen Sowjets in Moskau geführt. Der "Pravda" infolge hat der Rat der Volksbeauftragten sich für ein Ultimatum an Berlin entschieden, das dem Großen Sowjet zur Begutachtung vorliegt. Von ernster Bedeutung wird in Riga die plötzliche Massenrevolution anwande rung bolschewistischer Agitatoren aus Deutschland erkannt. So trafen am Sonntag in acht Flugzeugen eine ganze Anzahl bolschewistischer Führer aus Berlin in Riga ein, von wo sie nach Moskau weiterfahren, darunter auch Rabek und Sinoweff-Apfelbaum.

Die Angelegenheit hat also unangenehme Formen angenommen. Offiziell wird sie nicht zu Auseinandersetzungen führen, die schließlich unter dem Ruf: Hier Sowjets, hier Bolschewiki ausgetragen werden müßten.

Revolte im finnischen Offizierskorps; Massenabgang eingeleitet!

J. I. Wan schreibt dem "E. B." aus Helsingfors: Der Verteidigungsminister Finnlands veröffentlichte am 29. April einen Tagesbefehl gegen "unbedachte Handlungen" der finnischen Offiziere. Der Verteidigungsminister selbst hatte schon früher seinen Abschied eingereicht, im Grunde aus derselben Ursache, aus welcher die Offiziere jetzt revoltieren. Er warnt nur vor der Form der Handlungsweise. Aus sicherster Quelle erfahren wir, daß es sich um den Armeebefehlshaber und den Generalstabshof handelt, die vom Staatspräsidenten gehalten, vom Offizierskorps aber abgelehnt werden. Beide Herren haben im Weltkrieg „auf der untreuen Front“ gekämpft, wie hier die russische Front genannt wird. Beide bevorzugen auch diejenigen Offiziere finnischer Herkunft, die in der russischen Armee gedient hatten; der eine hat zudem eine russische Frau, der andere eine russische Mutter. Der Kern des finnischen Offizierskorps wird aber von den "Jägern" gebildet, d. h. den im 27. preußischen Jägerbataillon im Lüder Lager ausgebildeten jungen Finnländern, die durch die russischen Grenzwachen nach Deutschland flüchteten, um die Befreiung Finnlands vorzubereiten. — Um dem Ausbruch der Unzufriedenheit vorzubeugen, worüber ein Ausschuss eingesetzt worden, der Vorschläge zur Reinigung des Offizierskorps machen sollte. Es ist abzuwarten, ob das zu spät geschieht. Jedenfalls ist die Stimmung in der Armee verzweifelt. Dazu kamen Enthüllungen über miserable Wirtschaft in der Inten- und

baukunst, die von einem durch die Regierung eingesetzten Ausschuß veröffentlicht wurden. Zur Rechenschaft gezogen wurden nicht die Offiziere, die unbrauchbares Kriegsmaterial von Frankreich gekauft haben, sondern die Veröffentlichungen der Missstände! Es wird außerordentlich schwer sein, den in Szenen gesetzten Massenabgang der tückigsten Offiziere einzudammen.

Öffentliche Angelegenheiten.

Sachsens Vertreter im neuen Reichstag.

Aus Sachsen werden nach den vorläufigen Feststellungen 10 bürgerliche und 19 linksradikale Abgeordnete in den Reichstag einzitzen. Die mit einem * bezeichneten Abgeordneten sind bereits Mitglieder des letzten Reichstages gewesen. Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die Vertreter im letzten Reichstag.

2 (0) Deutsch-Böhmische.

Diplomingenieur Feder - Mühlbach (Wahlkreis Chemnitz) Schriftsteller Fritsch - Leipzig (Wahlkreisverband)

8 (6) Deutschnationale.

* Dr. Albrecht Philipp - Borna (Wahlkreis Leipzig) Univ.-Prof. Dr. Höegh - Berlin (Wahlkreis Leipzig) Syndicus Dr. Reichert - Berlin (Wahlkreis Dresden) Bauerngußmeister Domisch - Großhennersdorf (Wahlkreis Dresden)

Gewerkschaftssekretär Hartmann - Dresden (Wahlkreis Dresden)

* Obermeister Biener - Chemnitz (Wahlkreis Chemnitz) Amtsgerichtsrat Dr. Barth - Zwittau (Wahlkreis Chemnitz) Baumüller Paul - Dresden (Wahlkreisverband)

5 (8) Deutsche Volkspartei.

* Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich - Leipzig (Wahlkreis Leipzig) Staatsminister a. D. Dr. Heinze - Dresden (Wahlkreis Dresden)

Syndicus Dr. Schneider - Dresden (Wahlkreis Dresden) Konteradmiral a. D. Brüninghaus - Berlin (Wahlkreis Chemnitz)

Verbandsgeschäftsführer Thiel - Berlin (Wahlkreisverband)

3 (3) Demokraten.

* Bürgermeister Dr. Küll - Dresden (Wahlkreis Dresden) Univ.-Prof. Dr. Götz - Leipzig (Wahlkreisverband)

* Richter Brodauf - Chemnitz (Wahlkreisverband)

1 (0) Mittelpflichtspartei.

Oberpostdirektor Lüdke - Chemnitz (Wahlkreis Chemnitz)

13 (17) Sozialdemokraten.

* Redakteur Seeger - Leipzig (Wahlkreis Leipzig) Staatsminister a. D. Lipinski - Leipzig (Wahlkreisverband)

* Redakteur Saupe - Leipzig (Wahlkreis Leipzig) Staatsminister a. D. Fleißner - Dresden (Wahlkreis Dresden)

* Redakteur Tonny Sender - Frankfurt a. M. (Wahlkreis Dresden)

* Amtshauptmann Schmidt - Meißen (Wahlkreis Dresden) * Zeitungsredakteur Krämer - Berlin (Wahlkreis Dresden)

* Amtshauptmann Schirmer - Freiberg (Wahlkreis Dresden) Schriftsteller Strobel - Berlin (Wahlkreis Chemnitz)

* Hauptlehrer Seydel - Zwittau (Wahlkreis Chemnitz) Amtshauptmann Kuhnt - Chemnitz (Wahlkreis Chemnitz)

* Rechtsanwalt Dr. Ley - Berlin (Wahlkreis Chemnitz) Arztin Dr. Stegmann - Dresden (Wahlkreisverband)

6 (1) Kommunisten.

Metallarbeiter Strobel - Leipzig (Wahlkreis Leipzig) Angestellter Nadel - Dresden (Wahlkreis Dresden)

Redakteur Hekert - Berlin (Wahlkreis Chemnitz)

Zeitungsräte Strobel - Zwittau (Wahlkreis Chemnitz)

Bankarbeiter Roscher - Postau (Wahlkreis Chemnitz)

Maler Riegel - Leipzig (Wahlkreisverband)

Aue, 6. Mai. Auf den heute Abend 8 Uhr in der St. Marienkirche stattfindenden Vortragssabend des Evangelischen Bundes sei nochmals hingewiesen. Pfarrer a. D. Gabriel wird das hochwichtige Thema behandeln: Die gegenwärtige Lage des deutschen Protestantismus. Alle ev. Männer und Frauen sind dazu eingeladen.

** Schlagsdorf (Lausitz). Der 27jährige Eisendreher Jacobmann, der noch unter den Nachwirkungen einer Verschüttung während des Krieges zu leben hatte, erschoss in einem Nervenanfall seine Frau, sein zweijähriges Kind und dann sich selbst.

Konzerte, Theater, Vergnügungen.

Schneeberg, 6. Mai. Der Kirchenchor St. Wolfgang veranstaltet die Aufführung eines größeren Oratoriums für das dreijährige Hännes-Claus-Chor zusammenzuschließen und dem schon bestehenden Kirchenchor für die größeren Konzerte sich anzufügeln. Meldungen nimmt der Unterzeichnete gern entgegen. Singstunden sind jeden Montag von 8—10 Uhr abends in der St. Wolfgangskirche. Kantor Junghans.

Oberstühlingen, 6. Mai. Am 1. Osterfeiertage hielt hier der Männergesangverein "Lyra" sein herbstliches Konzert ab. Wer den Verein von früheren Jahren kennt, weiß, daß er über gute Stimmen verfügt, und daß sein Dirigent, Kantor Roth, bestrebt ist, stets das Beste aus seinen Sängern herauszuholen. Trotzdem wurden alle Erwartungen übertrafen. Die Männer, die die schweren Kriegsjahre gerissen haben, sind ausgespielt, und eine zahlreiche Sängerschar als je betrat das Podium. Das Programm umfaßte geistliche und theatralische Darbietungen. Die Chorleiter "An die Natur" und "Des Lenzes Heimat" leiteten den ersten Teil ein. Ihnen schlossen sich zwei Lieder für Doppelquartett ("Der Wanderer" und "Helmagl") an. Den Höhepunkt der gesanglichen Darbietungen bildete der Vortrag der "Maienvonne" von Weinzierl, eines Tongenäldes in sechs Bildern. Erst hier konnte der Verein recht zeigen, was er vermag. Wie gut war z. B. das Planifissimo im 1. Gesange, wie niedlich der Ton im "Liebeschimied"! Kurz gesagt, der Verein löste die Aufgabe vollkommen. Als freue sich gut anpassende Begleiterin am Klavier bewährte sich Frau Lehrer Voßmann. Schade nur, daß der Sänger einer Soloportion vom Kampfleben besessen und deshalb stellweise sehr unsicher im Takte war. Übung und stilles Auftreten werden ihm aber über diese Hemmung hinwegholen und seinen warmen, vollringenden Tenor zu voller Geltung kommen lassen. Der zweite Teil des Abends stand in Zeichen des Humors. Schon die beiden Lieder "Liebermut" und "Möbel hat das Gräffen setzt" brachten die zähne Gip-